

Bersick, Sebastian; Wacker, Gudrun

**Research Report**

## Hoffnung auf Stabilität in der Taiwanstraße: Ma Ying-jeou gewinnt die Präsidentschaftswahl

SWP-Aktuell, No. 27/2008

**Provided in Cooperation with:**

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

*Suggested Citation:* Bersick, Sebastian; Wacker, Gudrun (2008) : Hoffnung auf Stabilität in der Taiwanstraße: Ma Ying-jeou gewinnt die Präsidentschaftswahl, SWP-Aktuell, No. 27/2008, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254745>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Hoffnung auf Stabilität in der Taiwanstraße

Ma Ying-jeou gewinnt die Präsidentschaftswahl

Sebastian Bersick / Gudrun Wacker

Nachdem die bisherige Oppositionspartei Kuomintang (KMT) bei den Parlamentswahlen im Januar 2008 bereits zwei Drittel der Sitze gewonnen hatte, wurde nun ihr Kandidat Ma Ying-jeou mit deutlichem Vorsprung zum neuen Präsidenten Taiwans gewählt. Mit seinem Amtsantritt am 20. Mai 2008 verbindet sich die Hoffnung auf eine Phase der Entspannung im Verhältnis zur Volksrepublik China. Für Ma wird es nicht leicht werden, die vielfältigen Erwartungen – der eigenen Bevölkerung, seiner Partei, Pekings und wichtiger internationaler Akteure – zu erfüllen. Rasche erste Erfolge wird er nur erzielen können, wenn vor allem Peking bereit ist, die Gelegenheit zu einer Verbesserung der Beziehungen zu nutzen und auf die neue Regierung zuzugehen.

Bei den Präsidentschaftswahlen in Taiwan am 22. März 2008 konnte sich Ma Ying-jeou (Pinyin-Umschrift: Ma Yingjiu, 57) von der KMT mit einem Vorsprung von ca. 2,2 Mio. Stimmen gegen den Kandidaten der Demokratischen Fortschrittspartei (DPP), Frank Hsieh (Xie Changting, 61), durchsetzen. Ma erzielte 58,45%, Hsieh nur 41,55% der Stimmen. Die Wahlbeteiligung blieb mit 76,33% unter den Erwartungen. (Bei den letzten drei Präsidentschaftswahlen lag sie jeweils knapp über 80%.) Traditionell wird bzw. wurde im Süden eher DPP gewählt. Hsieh verlor aber sogar in der südlichen Hafenstadt Gaoxiong, einer DPP-Hochburg, in der er bis Anfang 2005 Bürgermeister war.

Beide gleichzeitig mit der Präsidentschaftswahl stattfindenden Referenden

über Taiwans Beitritt zu den Vereinten Nationen (UN) verfehlten das notwendige Quorum von 50% oder umgerechnet ca. 8,5 Mio. Wählern: Nur je 36% aller Wahlberechtigten gaben ihre Stimme für das von der DPP und das von der KMT eingereichte Referendum ab. Damit sind beide Referenden ungültig. Dabei erzielte das DPP-Referendum (Beitritt zur UNO unter dem Namen Taiwan) eine Zustimmungsquote von 94%, das der KMT 87% (Wiederbeitritt unter welchem Namen auch immer).

### Der Wahlkampf und seine Themen

Beide Anwärter auf das Amt des Präsidenten galten (im Vergleich zum amtierenden Chen Shui-bian [DPP]) als gemäßigt im Hin-

blick auf die Beziehungen zum Festland. Ma vertrat die Position der »drei Neins« (nein zu Unabhängigkeit, Wiedervereinigung, Einsatz von Gewalt) und kündigte eine Reihe staatlicher Investitionsprojekte an. Die DPP stellte Steuererleichterungen in Aussicht und führte im Übrigen einen Wahlkampf, der Charakter und Führungsfähigkeit des Kandidaten der Gegenpartei in Zweifel zog. Angesichts der starken Parlamentsmehrheit der KMT stellte die DPP ihren Kandidaten Hsieh als letztes Bollwerk gegen einen Rückfall in ein autoritäres Regime dar, wie es die KMT vor der Demokratisierung Taiwans bis in die achtziger Jahre ausgeübt hatte.

Die Wahlkampfstrategie der DPP war zudem auf eine eigene Taiwan-Identität und damit verbunden die Unabhängigkeit Taiwans ausgerichtet. Gescheitert ist sie damit insbesondere bei den jungen Wählern, die ihre taiwanesischen Identität inzwischen als gegeben begreifen, gleichzeitig aber keine Partei wählen wollen, die wie die DPP durch ihr Eintreten für die Unabhängigkeit Taiwans die Beziehungen zu China belastet. Sie sehen die KMT nicht mehr als die »Partei der Festländer«, als die sie die DPP zu zeichnen versucht, sondern als eine taiwanesischen Partei, der sie zutrauen, die Interessen der Insel auch gegenüber Peking zu vertreten.

Insofern ist die DPP auch Opfer ihres eigenen Erfolges: Es war die Regierung Chen Shui-bian, die in den letzten acht Jahren die Eigenständigkeit Taiwans zu einem Kernstück ihrer Politik gemacht hatte. Dagegen schließt die KMT langfristig eine Wiedervereinigung nicht aus. Der Anspruch auf die Eigenständigkeit Taiwans und somit auf eine nicht durch China vermittelte oder bestimmte internationale Rolle wird von einem Großteil der Taiwanesen mitgetragen.

Das Hauptinteresse der Wähler galt der Wirtschaftsentwicklung. Das im Vergleich zu Ostasien als zu gering empfundene Wirtschaftswachstum in Taiwan und stagnierende Löhne machen für eine Mehrheit der Wähler eine stärkere wirtschaftliche An-

bindung an China unabdingbar. Daran änderten auch die jüngsten Entwicklungen in Tibet nichts. Die KMT hatte befürchtet, dass angesichts der Unruhen in Tibet ihr Vorschlag eines »Gemeinsamen Marktes« der Taiwanstraße von den Wählern als zu China-freundlich begriffen würde. Die DPP bezeichnete den Vorschlag als »Trojanisches Pferd« (»Ma« bedeutet Pferd), und Frank Hsieh warnte, dass »das Tibet von heute das Taiwan von morgen« sein könne. Diese Interpretation überzeugte an den Wahlen aber offensichtlich nicht. Um den Eindruck einer zu großen China-Nähe zu vermeiden, gab Ma in der letzten Wahlkampfwoche eine deutlich kritische Erklärung zu den Ereignissen in Tibet ab und schloss dabei auch die Möglichkeit nicht aus, dass Taiwan die Olympiade boykottiert.

### **Herausforderungen für Ma**

Der deutliche Wahlsieg des künftigen Präsidenten erscheint zwar komfortabel, jedoch wird Ma Ying-jeou mit großen, zum Teil widersprüchlichen Erwartungen umzugehen haben, die es auszubalancieren gilt. Die größte Herausforderung dürfte darin bestehen, in Verhandlungen mit Peking zu treten, ohne der künftigen Opposition und der Bevölkerung Anlass zu der Behauptung zu geben, Taiwan werde an das Festland »verraten« oder »verkauft«. Der Druck auf Ma ist insofern besonders hoch, als die Stagnation in den Beziehungen zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße in den letzten Jahren personalisiert und Chen Shui-bian angelastet wurde. Praktisch jeder erwartet nun, dass mit Chens Abtritt von der politischen Bühne ein qualitativer »Sprung nach vorn« im Verhältnis zwischen Peking und Taipei erfolgen wird.

Kurzfristig streben Ma und seine Partei die Aufnahme direkter Verkehrsverbindungen zum Festland (*three links*), eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen (Investitionen, Frachtaufkommen) und eine Erhöhung der Zahl chinesischer Touristen in Taiwan an (von insgesamt ca. 230 000 im Jahr 2007 auf mehr als das Vierfache: 3000

pro Tag); langfristig geht es um die Stabilisierung der Beziehungen zu Peking durch Schaffung eines Gemeinsamen Marktes und ein Friedensabkommen.

Ma versprach im Wahlkampf, dass er bereits im Juli 2008 mit der chinesischen Seite Verhandlungen aufnehmen wird, um bis Juli 2009 auch direkte Luftfahrt- und Schifffahrtsverbindungen zwischen beiden Ländern einzurichten. Die bereits zu besonderen Gelegenheiten möglichen Charterflüge sollen schon bald wöchentlich stattfinden. Des weiteren strebt Ma erste vertrauensbildende Maßnahmen an.

Eine zentrale Frage ist, welche Institutionen die Verhandlungen auf beiden Seiten führen werden. In der Vergangenheit haben Peking und Taipei über zwei »halb-offizielle« Einrichtungen miteinander kommuniziert: die *Straits Exchange Foundation* (SEF) und die *Association for Relations Across the Taiwan Straits* (ARATS). Aufgrund des Stillstandes in den beiden Amtsperioden von Chen Shui-bian konnten sie aber nichts Substanzielles mehr zustande bringen.

In den vergangenen drei Jahren bestanden zudem Kontakte zwischen den Parteien (KPCCh und KMT). Der frühere Parteivorsitzende und 2004 gescheiterte Präsidentschaftskandidat der KMT, Lien Chan, und andere KMT-Politiker reisten zu Gesprächen auf das Festland. Lien, der zur »alten Garde« der KMT gehört, unterzeichnete 2005 mit dem chinesischen Parteivorsitzenden und Präsidenten Hu Jintao ein Dokument, das Bezug nimmt auf den »Konsens von 1992« als Basis für gemeinsame Gespräche. Dieser Konsens lässt sich in die Formel fassen: »ein China, unterschiedliche Interpretationen«.

Sollten Gespräche bzw. Verhandlungen beider Seiten weiterhin auf Parteiebene geführt werden, stünden sie aus Sicht der taiwanesischen Bevölkerung unter dem Verdacht der Intransparenz. Gespräche auf Regierungsebene werden vorläufig aufgrund der konfligierenden Souveränitätsansprüche kaum möglich sein. Insofern weist die Ankündigung Mas nach seiner Wahl, SEF und ARATS wiederzubeleben, einen gangbaren Weg. Lien Chan gilt als

aussichtsreicher Kandidat für den Vorsitz der SEF. Dies würde den Einfluss der »alten« KMT dokumentieren.

Ma Ying-jeou wäre gut beraten, sich um einen breiten Konsens innerhalb Taiwans zu bemühen, indem er beispielsweise einige Unabhängige oder Vertreter der Opposition in seine Regierung einbindet.

### **Das Scheitern der Referenden**

Laut Umfragen befürworten ca. 80% der Bevölkerung Taiwans grundsätzlich eine UN-Mitgliedschaft. Seit 1993 stellt Taiwan als »Republik China« alljährlich einen Antrag zur Aufnahme bei der UNO. Insofern war es im Grunde überflüssig, dazu ein Referendum – oder gar zwei – durchzuführen.

Nicht nur China, sondern auch die USA und die EU hatten im Vorfeld der Wahlen insbesondere das DPP-Referendum als unnötige Provokation Pekings und als Infragestellung des Status quo in der Taiwanstraße kritisiert. Der amtierende Präsident Chen Shui-bian hatte mit der DPP-Version des Referendums versucht, Wähler für seine Partei zu mobilisieren, und damit gleichzeitig auch die KMT in Zugzwang gebracht, eine eigene Textversion nachzuschieben. Denn angesichts der breiten Unterstützung in der Bevölkerung für einen Beitritt zur UNO konnte es sich auch die KMT nicht leisten, im Wahlkampf als gleichgültig oder gar ablehnend dazustehen, wenn es um die Frage größerer internationaler Anerkennung Taiwans ging.

Ausschlaggebend für das Scheitern beider Referenden war, dass sich letztlich weder Ma Ying-jeou noch Frank Hsieh massiv für das jeweilige Referendum ihrer Partei eingesetzt hatten. Sie reagierten damit auch auf die chinesische und internationale Kritik. Eine Rücknahme der Referenden war indes nicht mehr möglich, nachdem das formelle Verfahren bereits eingeleitet war.

Die Auswirkungen des Scheiterns beider Referenden an der 50%-Hürde sind in zweifacher Hinsicht gravierend:

Zum einen sind seit Einführung der Möglichkeit eines Volksentscheids im Jahr 2004 sämtliche eingebrachten Referenden – insgesamt sechs – an der 50%-Hürde gescheitert. Mithin wurde dieses Instrument in seiner Bedeutung für Taiwans demokratischen Prozess quasi entwertet.

Zum anderen könnte nicht nur die Volksrepublik China versucht sein, die mangelnde Beteiligung an den UN-Referenden als Zeichen zu werten, dass der Bevölkerung in Taiwan der internationale Handlungsspielraum doch nicht so wichtig sein kann. China hat denn auch in einer ersten Reaktion auf die Wahlen erklärt, das Scheitern der Referenden zeige die Ablehnung der Unabhängigkeit durch die Bevölkerung in Taiwan. Angesichts der oben zitierten Umfrageergebnisse entspricht diese Interpretation jedoch keineswegs den Tatsachen.

Mit dem Scheitern ist die befürchtete Provokation Pekings zwar ausgeblieben, aber Ma Ying-jeous Verhandlungsposition gegenüber dem Festland könnte eher geschwächt worden sein: Er kann nicht auf eine formelle, demokratisch legitimierte Unterstützung für eine UN-Mitgliedschaft verweisen.

### **Die internationale Dimension: USA, Japan und Europa**

Washington hat bereits erklärt, die Wahl Mas biete eine Chance für mehr Stabilität und Frieden in der Taiwanstraße. Zweifellos erwarten die USA aber auch Bewegung in der Frage des Waffenpakets, das Präsident George W. Bush Taiwan bereits im Jahr 2001 zugesagt hatte. Die Realisierung dieses Deals war seither vom KMT-dominierten Parlament in Taiwan immer wieder durch Blockade der finanziellen Mittel hinausgezögert worden. Die USA haben sich im »Taiwan Relations Act« von 1979 verpflichtet, der Insel bei der Selbstverteidigung zu helfen. Ma (wie auch Frank Hsieh) hatte bereits im Wahlkampf angekündigt, den Verteidigungsetat auf 3% des Bruttoinlandsprodukts aufzustocken. Die Debatte inner-

halb seiner Partei über das Waffenpaket dürfte damit aber nicht beendet sein.

Japan ist neben den USA aufgrund seiner historischen Bindungen zu Taiwan – die Insel war von 1895 bis 1945 japanische Kolonie – und aufgrund der japanisch-amerikanischen Sicherheitsallianz ein weiterer zentraler, wenn auch informeller Partner. Ein erster Besuch des chinesischen Präsidenten Hu Jintao in Japan ist für Anfang Mai vorgesehen. Vermutlich wird auch Taiwan ein Thema der Gespräche zwischen Hu und dem japanischen Premierminister sein.

Die EU hat die Wahl Ma Ying-jeous begrüßt und ebenfalls die Erwartung geäußert, dass sich die Lage nunmehr entspannt. Frieden und Stabilität in der Taiwanstraße sind auch im Interesse der Europäer. Um dies zu unterstreichen, könnte Ma noch vor seiner offiziellen Amtseinführung nach Europa eingeladen werden, beispielsweise in das Europäische Parlament. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten sich hier allerdings auf eine gemeinsame Haltung zu einigen versuchen und sich nicht wie so häufig in der Vergangenheit auseinanderdividieren lassen. Ein entsprechendes Vorhaben müsste der chinesischen Seite dann auch klar vorab kommuniziert werden, um Missverständnissen vorzubeugen. Nur dann ist zu gewährleisten, dass ein solcher Besuch einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Peking und Taipei nicht entgegenwirkt.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2008  
Alle Rechte vorbehalten

**SWP**  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
www.swp-berlin.org  
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364